



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Bergedorf
Bezirksversammlung

Antrag öffentlich CDU-Fraktion	Drucksachen-Nr.: 21-1969
	Datum: 18.01.2024
	Aktenzeichen:

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum
	Bezirksversammlung Bergedorf	25.01.2024

Zusätzliche P + R-Stellplätze auf der Lohbrügger Bahnhofseite

Sachverhalt:

Antrag
der BAbg. Emrich, Froh, Noetzel, Capeletti und Fraktion der CDU

Die Park+Ride (P+R) Palette auf der Lohbrügger Seite des Bergedorfer Bahnhofs ist mit durchschnittlich 87% stark ausgelastet. Regelmäßig ist für Nutzer keiner der 177 Stellplätze verfügbar, was zu Zeitverlust, Unzufriedenheit und zusätzlichem Verkehr führt.

Durch die Größe und zentrale Lage hat diese P+R-Anlage eine wichtige Funktion bei der Mobilitätswende. Nun wurde die Fläche jedoch ins Wohnungsbauprogramm 2023 und folglich 2024 aufgenommen, mit Realisierungshorizont im Jahre 2025. Die CDU-Fraktion hat sich klar dagegen positioniert, weil grade zur Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV) auch Flächen für die dazugehörige Infrastruktur benötigt werden. Insofern würde durch die Bebauung der Fläche mit Wohnungen jede Flexibilität für spätere Infrastrukturbedarfe verloren gehen.

Zwar ist beabsichtigt, im Zuge der Wohnbebauung die bisherige Anzahl an Stellplätzen in einer Tiefgarage wieder herzustellen, doch wird dies dem künftigen Bedarf an P+R-Stellplätzen nicht gerecht. In der Stellungnahme der Behörde für Verkehr und Mobilitätswende (BVM) zum Wohnungsbauprogramm 2023 heißt es:

„Aufgrund der hohen Nachfrage und unter der Annahme einer zukünftig weiter steigenden Nachfrage entspricht die Anzahl der vorhandenen Stellplätze schon heute nicht zu jeder Zeit dem erforderlichen Bedarf. Daher wird unabhängig vom Wohnungsbauprogramm, seitens der BVM erwogen, auf diesem Grundstück eine Erhöhung der P+R-Stellplatzkapazitäten vorzunehmen. Gemäß der Potenzialanalyse ist am Standort Bergedorf ein Stellplatzausbau um zusätzliche 200 Stellplätze erforderlich, um die aktuellen und zukünftigen Bedarfe zu decken.“

Dieser fachlichen Einschätzung der Fachbehörde schließt sich die CDU-Fraktion ausdrücklich an und fordert zum Handeln auf.

Petition/Beschluss:

Wir beantragen daher, die Bezirksversammlung möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten,

1. im Zuge der anstehenden Planung den heutigen und künftigen Bedarf von zusätzlichen P+R-Stellplätzen auf dieser Fläche zu berücksichtigen.
2. auf die BVM und die P+R-Betriebsgesellschaft mbH zuzugehen, um über eine Umsetzung der nötigen Stellplatzerweiterung zu sprechen und im Verkehrsausschuss über den Stand der Planungen zu berichten.

Anlage/n:
